

Europäische Freie Allianz (EFA)

Manifest für die Europawahlen im Juni 2009

Visionen für ein Europa der Bürger

(nicht für ein populistisches Europa)

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“

(Artikel 1 der Menschenrechtserklärung der VN)

„Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

(Artikel 1 (1) des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der VN).

Einführung

Die Europäische Freie Allianz (EFA) setzt sich aus Parteien von Nationen, staatenlosen Nationen und territorialen Körperschaften mit einem starken Identitätsgefühl zusammen, die in Europa selbst zu Wort kommen wollen. **Die EFA vereint 40 progressive Parteien.** Wir sind in **17 Mitgliedstaaten** vertreten.

Die EFA ist eine **pro-europäische Partei**, aber wir stehen der Art und Weise wie Europa momentan geleitet wird, kritisch gegenüber. Wir wollen ein demokratischeres und dezentralisiertes Europa, das besser gewappnet ist, um sich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Die EFA strebt ein Europa der Bürger an. Uns schwebt ein harmonisches Europa vor, das aus verschiedenen Völkern besteht, die im Geiste der Kooperation zusammenarbeiten. Wir wollen unsere reiche Vielfalt schützen und gleichzeitig die Vorteile nutzen, die eine stärkere Union zu bieten hat. Das geeignete politische Instrument hierfür ist **Subsidiarität**, die den Bürger mehr in die Beschlussfassung einbezieht.

Wir brauchen eine faire und flexible Aufgabenteilung unter dem Banner **geteilter Eigenständigkeit**. Ein Schritt nach vorne wäre der Aufbau eines zwischengeschalteten Systems, in dem jeder mitbestimmen kann. Wir befürworten effiziente, kooperative bilaterale Beziehungen zwischen der EU und autonomen Staaten und Organisationen.

Die Europäische Freie Allianz hat in den letzten 30 Jahren nie aufgehört, sich für die **Rechte staatenloser Nationen, Bürger und Regionen** einzusetzen. Seit den ersten Direktwahlen zum Europaparlament hat die EFA das **Recht auf Selbstbestimmung und das Recht, Muttersprachen und historische Sprachen zu sprechen und zu schützen**, verteidigt. Die EU zählt nun 27 Mitgliedstaaten und 23 Amtssprachen. Katalonisch, Baskisch, Galizisch, Walisisch und Gälisch in Schottland werden nun auch in den EU-

Institutionen gesprochen, sind jedoch keine vollwertigen Amtssprachen. Die demokratische Legitimität berechtigt unser Anliegen. Um unsere historischen Rechte voll umzusetzen und das soziale Wohlbefinden unserer Bürger und der Wirtschaft unserer Länder zu verbessern, müssen wir in Europa voll vertreten sein. **Wir brauchen ein Europa der Bürger.**

In einer zunehmend interdependenten Welt sollte die EU den Regionen und Nationen den Platz einräumen, der ihnen zusteht. Kürzlich wurden wir Zeugen der Unabhängigkeitserklärung von Montenegro (2006) und dem Kosovo (2008). Schottland, Wales, Katalonien und das Baskenland sind nun auf dem Wege der nationalen Selbstbestimmung und eines vollwertigen Platzes an Europas Tisch. Es gilt nunmehr, eine noch intensivere Einbindung aller Völker und Nationen in den politischen Prozess herbeizuführen.

Politische Dezentralisierung, die zur Selbstverwaltung und der Anerkennung besonderer Identitäten führt, ist die natürliche Synthese unseres politischen Kampfes. **Die EFA strebt eine bessere Zusammenarbeit staatenloser Nationen, Regionen und Kleinstaaten an**, um den demokratischen Prozess der europäischen Beschlussfassung zu verbessern. **Wir wollen ein Europa der Bürger.** Die EFA lehnt eine monolithische EU als Ersatz für traditionelle Staaten ab, bei der die wirkliche Macht sich noch in Händen der größten Mitgliedstaaten befindet.

Im Jahre 2009 wird die EFA an zwei Fronten kämpfen. Unsere Vertreter haben sich verpflichtet, **progressive Strategien** zu unterbreiten. Wir arbeiten für **bessere soziale Bedingungen**, Lebensqualität und eine faire Verteilung der Einkommen und Vermögen. Wir verfechten auch das Prinzip der **nachhaltigen Entwicklung** als Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger im Rahmen einer sauberen Umwelt und Unabhängigkeit von Energiequellen. Unsere Ideologie steht im Einklang mit dem Anliegen der Bürger, eine bessere Welt für heutige und zukünftige Generationen zu schaffen.

Aber der aktuelle **Verfassungsrang** unserer Länder bewirkt, dass wir nicht die gleichen Privilegien genießen wie andere Mitgliedstaaten in Europa. Folglich laufen wir Gefahr, bei wichtigen Entscheidungen Europas, die die Zukunft aller betreffen, ins Hintertreffen zu geraten. Dies ist undemokratisch und wir arbeiten daran, dies zu ändern. Auch aus diesem Grunde agieren wir, über die Staatsebene hinaus, auf gesamtstaatlicher und regionaler Ebene, um für die korrekte Vertretung staatenloser Nationen und Bürger Europas auf jeder Regierungsebene zu kämpfen, die unsere Zukunft bestimmt. **Wir fordern ein Europa der Bürger.**

Unsere Mitgliedsparteien sind:

Ålands Framtid, Bayernpartei, Bloque Nacionalista Galego, Chunta Aragonesista, Die Friesen, Enotna Lista, Esquerra Republicana de Catalunya, Eusko Alkartasuna, Fryske Nasjonale Partij, Libertà Emiliana-Nazione Emilia, Liga Veneta Repubblica, Ligue Savoisiennne, Lithuanian Polish People's Party, Mebyon Kernow, Moravana, Mouvement Région Savoie, Omo Ilinden Pirin, Partei der Deutschsprachigen Belgier, Partido Andalucista, Partit Occitan, Partit Socialista de Mallorca i Menorca Entesa Nacionalista, Partito Sardo d'Azione, Partitu di a Nazione Corsa, Plaid Cymru – the Party of Wales, Rainbow – Vinozhito, Scottish National Party, Silesian Autonomy Movement, Slovenska Skupnost, Sociaal Liberale Partij, Strana Regionov Slovenska, Süd-Tiroler Freiheit, Union Démocratique Bretonne, Union du Peuple Alsacien, Unitat Catalana.

Unsere Beobachterparteien sind:

Lista Per Fiume, Movimento per l'Indipendenza della Sicilia MIS, MMROP Hungarian Roma Party, ProDG, Renouveau Valdôtaine, Südschleswigscher Wählerverband SSW, Wendische Volkspartei SLS.

„Freiheit wird niemals freiwillig vom Unterdrücker gewährt; sie muss von den Unterdrückten eingefordert werden.“ (Martin Luther King)

In der Legislaturperiode 2004–2009 haben unsere 6 (schottischen, walisischen, baskischen, katalonischen, lettischen und transsylvanischen) EP-Mitglieder ganze Arbeit geleistet. Durch eine parlamentarische Allianz MIT den Grünen habe wir einen wichtigen Platz im Parlament erobert. Während der letzten Wahlperiode haben EFA-EP-Mitglieder:

- auf EU-Ebene einen **ko-offiziellen Status für Walisisch, Katalonisch, Baskisch und Galizisch** errungen;
- sich aktiv für die Forderung eines **Einzelsitzes für das Europaparlament** eingesetzt;
- regionale **Steuerautonomie** auf die Agenda der EU gesetzt (www.taxautonomy.org);
- durchgreifendere EU-Maßnahmen bezüglich des **Klimawandels** mit erneuerbaren Energien bei Europas zukünftiger Energieplanung gefordert und die Vorgaben **20/20/20** unterstützt;
- EU-Schutz und **Anerkennung charakteristischer nationaler und regionaler Produkte** unterstützt;
- sich für eine **fairere Verteilung von EU-Strukturfonds für staatenlose Nationen und benachteiligte Regionen** eingesetzt.

Die Verteidigung der Rechte europäischer Bürger, ihre Zukunft selbst zu bestimmen und in einer friedlichen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft zu leben, ist bei uns vorrangig.

Auf ein besseres Europa hinarbeiten: ein Europa der Bürger

1. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

Befähigung von Nationen – Schwellenstaaten

Eine neue Kategorie politischer Einheiten zeichnet sich in der EU ab: **Schwellenstaaten**. Da politische und juristische Rechte in der EU an das „Staatswesen“ gebunden sind, lassen historische Nationen, die im Rahmen der aktuellen Mitgliedstaaten koexistieren, das Thema der vollen Anerkennung wieder aufleben. Einige dieser Nationen ersuchen die Anerkennung ihrer kollektiven Rechte durch die Schaffung eigener Staaten. Forderungen öffentlicher und demokratischer Referenden in Schottland, Wales, dem Baskenland und Katalonien sind ein erster Schritt in diese Richtung.

Schwellenstaaten **werden die neuen Akteure auf europäischer Ebene sein**. Die EU muss sich dieser neuen Herausforderung stellen, so wie sie es bei der letzten Erweiterung nach Osten und dem Balkan getan hat. Mit ein bisschen friedfertigem und demokratischem Willen wird sich dieser Prozess reibungslos vollziehen.

Neue Staaten bedeuten keine zunehmende Isolation, sondern neue Möglichkeiten. Vom demokratischen und pro-europäischen Standpunkt aus **wird die Wandlung einer Nation zum Staat ihre Bürger näher an Europa heranführen und für eine bessere Transparenz sorgen**. Hier sollte erwähnt werden, dass die Schaffung eines neuen Staates zu neuen Formen der Kooperation mit der Nation, aus der er entstanden ist, führen wird.

Die EU muss die politische und legislative Basis für die **interne Erweiterung** schaffen, d. h. Europa an die vielschichtige Realität, in der wir leben, anpassen. Auf der Grundlage des Prinzips der Selbstbestimmung **unterstützt die EFA das Bestreben derjenigen Nationen, die bereit sind, die volle Verantwortung eines Staates in Europa zu übernehmen sowie derjenigen, die sich für mehr Fortschritte hinsichtlich der Selbstverwaltung in Europa aussprechen**.

Eine Allianz zwischen staatenlosen Nationen, **Schwellenstaaten** und bestehenden **kleinen EU-Mitgliedstaaten, mit koordinierten** Strategien, sollte im Europaparlament begünstigt werden. Die EFA befürwortet kein zentralisiertes Europa, das von großen Mitgliedstaaten dirigiert wird. Um das demokratische Kräfteverhältnis wiederherzustellen, sollten kleine Staaten und Regionen sowie staatenlose Nationen auf der Basis von Solidarität und Komplementarität eng zusammenarbeiten.

Eine Reform der EU ist dringend notwendig

Falls Subsidiarität wirklich ein wirksames Prinzip der Grundsätze der Union sein sollte, muss es auf allen Ebenen wirkungsvoll greifen. Dies bedeutet, dass die **demokratische Partnerschaft der verschiedenen Regierungsebenen** (EU, Mitgliedstaaten und diejenigen Elemente, die verfassungsmäßige Selbstverwaltung genießen) in den EU-Verträgen garantiert werden muss. Es bedeutet auch, dass es ein Recht **aller Gemeinschaften, Bürger und Länder Europas auf effektive Teilnahme in EU-Institutionen geben muss**.

Die EFA betrachtet die **Einbeziehung nationaler und regionaler Parlamente in den europäischen Beschlussfassungsprozess** als genaue Prüfung der EU-Gesetzgebung und die Tätigkeit ihrer Mitgliedstaatsregierungen im Rat als entscheidend, vor allem hinsichtlich der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Eine Reform der EU-Institutionen, einschließlich des Parlaments für mehr **Offenheit und Transparenz bei der Beschlussfassung** ist wesentlich. Der Ausschuss der Regionen sollte gestärkt und in einen Senat der Regionen umfunktioniert werden. Die EFA befürwortet eine Demokratisierung Europas und gesteigerte Teilnahme der Bürger durch die Direktwahl zum Kommissionspräsidenten. Die Hinzuziehung lokaler, regionaler und nationaler Parlamente vor Verabschiedung europäischer Regeln und Gesetze, unter Berücksichtigung von Regionen mit Minderheiten oder selteneren Sprachen, sollte zu Anfang des Gesetzgebungsverfahrens erfolgen. Nach Verabschiedung der Gesetze sollte dafür gesorgt werden, dass diese bei der Bevölkerung, Firmen und Organisationen in den europäischen Regionen besser bekannt gemacht und akzeptiert werden. Zusätzliche EU-Erweiterungen sind ohne diese notwendigen Reformen nicht empfehlenswert.

Das europäische System der Ausschreibverfahren sollte überprüft werden. Der Verwaltungsaufwand, zeitraubende und komplizierte Verfahren und Auswirkungen auf die Preise werden heftig kritisiert.

Für ein Soziales Europa

Das europäische soziale Modell muss zum Eckpfeiler des europäischen Gesellschaftsmodells durch **Solidarität** aufgewertet werden: **Vollbeschäftigung mit Qualitätsjobs und Gleichstellung der Geschlechter in einem gesunden und sicheren Arbeitsumfeld mit Zugang zu Universaldiensten von allgemeinem Interesse.** Die EU benötigt eine **erneuerte soziale Agenda** mit realen Maßnahmen und Instrumenten, um **jede Art der Diskriminierung in der Union zu unterbinden.** Gute Beispiele sind Richtlinien über das grenzüberschreitende Gesundheitswesen, eine Arbeitsrichtlinie, ein Richtlinie über das Sozialwesen von allgemeinem Interesse und grenzüberschreitende Initiativen zum Thema Roma.

Angesichts der weltweiten Finanzkrise, **muss Europa seine Bürger schützen, minimale Sozialmaßnahmen aufwerten** und Vorschriften – in Bereichen, in denen diese notwendig sind – nicht als Übel betrachten, was allzu oft der Fall ist, was die Europäische Kommission betrifft. Die Bevölkerung leidet infolge der Preiserhöhungen, steigenden Kraftstoffpreisen und Problemen auf dem Immobilienmarkt; die Kreditkrise erweitert die Kluft zwischen Reich und Arm. **Zentrale Kontrollmechanismen** zur Verhinderung und ein zentrales Interventionsbudget zur Bereinigung von Währungskrisensituationen sind seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) vonnöten.

Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter sollten Arbeitsmärkte mehr für Frauen öffnen. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sollten zugänglicher sein, besonders für Menschen mit geringem Einkommen. Die Erhöhung der Wasserpreise, die manchmal 300 % ausmacht und die seltsamerweise oft Privatisierungen zuzuschreiben ist, ist unannehmbar. Alle haben ein Anrecht auf erschwinglichen Zugang zu sauberem Wasser. Die EU sollte bessere Garantien auf internationaler Ebene fordern; anstatt Marktfundamentalismus zu dulden, **ist eine bessere Betrugs- und Instabilitätskontrolle der Finanzmärkte erforderlich.**

Bindende quantitative und qualitative Zielsetzungen sind auf europäischer Ebene zu vereinbaren. Ein europäischer sozialer Stabilitätspakt sollte mit dem Ziel eingeführt werden, Vollbeschäftigung, **faire Löhne**, Sozialfürsorge, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, kulturelle Vielfalt und ökologische Nachhaltigkeit zu bewirken.

2. VIELFALT UND SPRACHLICHE GLEICHBERECHTIGUNG

Kulturelle Vielfalt und Respekt

Gemäß der UNESCO sind am Ende dieses Jahrhunderts viele der 6000 Sprachen, die es weltweit gibt, gefährdet und zum Verschwinden verurteilt. Folglich muss die EU die „**Einheit der Vielfalt**“ erkennen und praktizieren, **die Realität ihrer verschiedenen Völker respektieren** und, insbesondere, staatenlose Nationen und Regionen **respektieren**, die ihre eigene Sprache, Geschichte, wirtschaftlichen, sozialen Merkmale und politischen Erwartungen haben. Die EU muss die zentralistische und technokratische Denkweise und Methoden der Staaten überwinden.

Nur die **Anerkennung aller Sprachen** durch die EU stellt echte sprachliche Vielfalt oder **sprachliche Demokratie** dar. Staatenlose Nationen und Regionen sollten berechtigt sein, ihre eigenen Sprachen neben den Amtssprachen zu nutzen. Dies würde garantieren, dass ihren Sprachen **nicht länger der offizielle Status von der EU verweigert werden könnte.** EU-Politik muss auch die kulturelle Vielfalt von Fernsehen, Medien, der Filmindustrie, Internet, Unterricht und Radio in staatenlosen Nationen **und in Minderheitsregionen fördern.** Der gleichberechtigte Zugang zu Minderheitssprachen, z. B. in Weiterbildungsprogrammen, sollte gefördert werden.

„Alle Sprachen sind frei und gleichberechtigt, was Würde und Rechte anbelangt. Nationale Minderheitssprachen, weniger benutzte Sprachen, Sprachen historischer Minderheiten und mehrheitlich regionale Sprachen ... alle sind den Staatssprachen gleichgestellt.“ Die EFA fordert eine **UNO-Sprachenrechtserklärung** ähnlich der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948.

Das Recht, Anträge und Fragen in der eigenen Muttersprache zu stellen, fördert die Demokratie und ist ein wichtiges Element der Transparenz der Staatsgewalt.

Wir begrüßen die Fortschritte, die gemacht wurden, um sicherzustellen, dass Katalonisch, Baskisch, Galizisch und Walisisch nun den Status von ko-offiziellen Sprachen in der EU genießen. Wir möchten auf diesen Erfolg aufbauen und sicherstellen, dass sie als vollwertige Amtssprachen anerkannt werden. Dies sind historische europäische Sprachen, die täglich von Millionen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten auf der Arbeit und zuhause benutzt werden. Es ist an der Zeit, dass Chancen, Rechte und Privilegien, die Sprachen wie Deutsch, Englisch, Schwedisch oder Maltesisch genießen, auch solchen Sprachen zugestanden werden, die aktuell 'ko-offiziellen' Status haben.

„Wir befürworten sowohl die Bewahrung der Ökodiversität als auch die Bewahrung der Vielfalt, Diversität und Reichtum von Sprachen. Eine Sprache ist ein kulturelles Mittel zur Schaffung der Realität, nicht ein einfaches Instrument zur Übermittlung von Informationen. Was die Kultur angeht, die die Grundlage der Menschheit darstellt, gleicht der Verlust einer Sprache dem Verlust eines Elementes der biologischen Artenvielfalt.“

(Bernat Joan I Mari von Ecolinguistics)

Die EFA unterstützt die Vision des mehrsprachigen Unterrichts mit Programmen zur Förderung von Multikulturalismus und Minderheitssprachen an Hochschulen und den Studenten- und Arbeitskräfteaustausch für Minderheitssprachen.

Eine Auswertung der Weiterbildungsprogramme steht an, einschließlich der Einbeziehung weniger gebräuchlicher Sprachen. Die erneute Zuweisung von Fördermitteln für Minderheitssprachen ist für die Gleichbehandlung von weniger gebräuchlichen Sprachen unerlässlich.

„Die EU dient den Bürgern und Gemeinschaften! Die Bürger dienen nicht der Union.“

Nelly Maes

3. EUROPAS ENERGIEN

Nachhaltigkeit: Umwelt und Energie

Nachhaltigkeit ist Kern unserer kulturellen und sprachlichen politischen Strategie als auch unserer Umweltpolitik: **Der Aufbau nachhaltiger Gemeinschaften in einem zukunftsfähigen Europa.**

Der Kampf gegen den Klimawandel wurde zum konkreten Beispiel europäischer Führungsqualitäten. Auf der **UNO-Klimawandelkonferenz in Kopenhagen im November 2009** muss Europa seinen Willen bekräftigen, seine Führungsqualitäten zu

zeigen. Die Europäische Kommission sollte die Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Innovation und F&E auf dem Gebiet erneuerbarer Energien unterstützen. Ein vorausschauendes Europa sollte nicht dulden, dass die Wirtschaftsrezession und die Währungs- und Finanzkrise den Klimawandel verdrängt.

Was die Kernenergie anbetrifft, nimmt die EFA eine klare **anti-nukleare Haltung** ein und befürwortet einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie auf europäischer Ebene. Die Förderung von Energieeffizienz, Unabhängigkeit und intensiveren Einsatz von erneuerbaren Energiequellen muss zum Grundpfeiler der EU-Energiepolitik werden. **Nicht EURATOM, sondern EURENEW. Die EFA fordert einen europäischen Vertrag über erneuerbare Energien.**

Die EU muss Geldmittel für Delta- und Küstenregionen bereitstellen, die infolge des Klimawandels und erhöhten Wasserpegeln ernsthaften Problemen ausgesetzt sein werden, sowie für Bergregionen und andere exponierte Regionen, die ebenfalls vom Klimawandel betroffen sein werden.

Europa ist weiterhin bei der Umsetzung des Kioto-Protokolls und des Abkommens von Bali führend, die die USA, mit dem größten CO₂-Ausstoß, erst kürzlich unterzeichnet haben. Aber sie müssen mehr tun. Eine **Reduzierung von Europas ökologischem Fußabdruck** von 4,8 ha pro Person auf 1,8 ha pro Person ist unerlässlich, wenn wir die Erde nicht noch mehr belasten wollen. Die EU sollte wegweisend bei **vernünftigem Verbrauch** sein.

Wirtschaft: Wohnungswesen, Transport und Tourismus

Die EU könnte im Bereich des Wohnungswesens mehr tun und die Strukturfonds besser nutzen. Wir müssen uns nicht nur um soziale Probleme im Wohnungswesen bei Niedriglohnempfängern kümmern, sondern Themen wie **Isolierung, Energiesparmaßnahmen und das passive Wohnungswesen** in den Vordergrund stellen. Wir müssen auch die unterstützende Rolle der EU auf Regierungsebene prüfen, um die Verfügbarkeit von Sozialwohnungen zu verbessern und Bedürftigen bezahlbare Unterkünfte bieten.

Wir wollen Vollbeschäftigung für alle Bürger mit Schwerpunkt auf der **regionalen Entwicklung** und Umstellung veralteter Industrien. Wir sollten zweckbestimmte Schulung und Trainingsmöglichkeiten für unterrepräsentierte Gruppen wie ärmere Bevölkerungsschichten oder Behinderte bieten, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und ihre soziale Mobilität zu fördern. Der Sektor des sozialen Arbeitsmarkts könnte weiter entwickelt werden, um nützliche und dringend benötigte Arbeitsplätze in unseren Gemeinschaften zu schaffen.

Mobilität

Physische Mobilität in der EU sollte durch das Trans-Europäische Netz (TEN) verbessert werden. Die EFA befürwortet eine **modale Verlagerung auf zukunftsfähigere Transportarten, wobei die Kosten** nach dem Verursacherprinzip umverteilt werden könnten. Da der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, sollte **nachhaltiger Tourismus** besonders gefördert werden.

Sie sind, was Sie essen

Wir sind gegen den Anbau genetisch veränderter Organismen (GMO) für die Lebensmittelproduktion. **Wir sind für eine weitergehende** strikte Gesetzgebung bei der Etikettierung und Rückverfolgbarkeit bei Importwaren. Kurzfristig sollte die Europäische

Union **GMO-freie Regionen und Zonen** identifizieren und weiter ausbauen. Die meisten Bürger Europas lehnen GMO ab. Daher geht es hier nicht nur um Lebensmittelsicherheit, sondern um **unser demokratisches Recht, wählen zu können, was wir essen, und die Rechte der Bürger, Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen zu haben.**

Europas Magen: Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei

Wir erkennen die entscheidende Rolle, die die EU bei der Förderung nachhaltiger ländlicher Entwicklung und existenzfähiger ländlicher Gemeinden zu spielen hat, an. Lebensmittelproduktion, Landwirtschaft und Fischerei sind in dieser Hinsicht lebenswichtige Industrien und sollten von der EU weiter unterstützt werden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik oder GAP muss reformiert werden, und wir begrüßen die gegenwärtig durchgeführte Prüfung. Eine weitere Finanzierung seitens der EU ist entscheidend, um kleinen Erzeugern, Familienbetrieben und Fischereigemeinden das Überleben zu ermöglichen. Nachhaltiger Landbau, Fischerei und ländliche Betriebe könnten dann aufblühen und eine wichtige Rolle bei der Bewältigung moderner Herausforderungen bei der Lebensmittelqualität, Sicherheit und dem Angebot spielen. Die EFA fordert die EU mehr zu tun, um die Lebensqualität für Tieren zu verbessern.

Die Biokraftstoffproduktion sollte nicht mit der Lebensmittelproduktionskette konkurrieren. Die Lieferung von **Qualitätslebensmitteln an alle Bürger** ist für uns vorrangig.

Die ländliche Entwicklung und der Tourismus sollten vereinbar sein. Die EFA befürwortet das Angebot von **Qualitätsprodukten, regionalen und örtlichen Lebensmitteln und die traditionelle Zubereitung von Lebensmitteln als einen Weg zu gesunder Ernährung.** Bessere Verbraucherschutznormen sind im Binnenmarkt notwendig, ohne die traditionelle, örtliche und regionale Lebensmittelproduktion zu schädigen.

Fachwissen, Forschung und Innovation sind Europas Zukunft

Innovation in der Landwirtschaft, dem Energie- und Transportsektor sollte die treibende Kraft sein, die Europa in eine umweltgerechtere Zukunft befördert. Innovation ist wesentlich, um den Arbeitsmarkt anzukurbeln und Europa zu ermöglichen, die weltweiten Herausforderungen von Industrien mit rückläufiger Entwicklung und an einen anderen Standort verlegten Industrien zu bewältigen. Neue Sektoren und neue Technologien sind wegweisend für Europas Zukunft, vorausgesetzt, sie sind die treibende Kraft, die Europa zu einem sozialeren, nachhaltigeren und wirtschaftlich unabhängigen Kontinent machen. Wir befürworten die wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung, angepasst an unsere Ressourcen und Bedürfnisse unserer Gemeinschaften.

4. EUROPA IN DER WELT

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Außen- und Sicherheitspolitik sollte auf **Konfliktvermeidung** und Gemeinschaftsentwicklung ausgerichtet sein. Das Erzielen eines dauerhaften Friedens im Mittleren Osten und in anderen Konfliktzonen durch diplomatische Verhandlungen ist Voraussetzung für Weltfrieden und Stabilität. Die Ausmerzung des Terrorismus sollte nicht die Menschenrechte gefährden. Ein **Vertrag über den Export von Waffen und bindende Verhaltensregeln für den Waffenhandel** sind unerlässlich. Wir werden auch die EU-Aktion zur Abschaffung chemischer und biologischer Waffen sowie Streubomben

und anderer Massenvernichtungswaffen unterstützen. Die EFA setzt sich für ein Europa ohne Atomkraft ein.

Die EFA fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, alle entmilitarisierten und neutralen Regionen und Nationen, die entschlossen und engagiert sind, diesen Status in einer ungewissen und zunehmend unbeständigen Welt beizubehalten, anzuerkennen, zu fördern und zu respektieren.

Migration

Wir erkennen den unschätzbaren Beitrag, den die Migration in Europa auf sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Ebene über viele Jahre hinweg geleistet hat, an und glauben, dass dieser sich in Zukunft fortsetzt. Wir betrachten Migration als einen natürlichen Ablauf im menschlichen Leben und es ist in unser aller Interesse, dass die EU Migration so effektiv und effizient wie möglich behandelt.

Gleichzeitig erkennen wir die vielen potentiellen gemeinsamen Vorteile einer besseren Kooperation im Bereich der Asyl- und Immigrationspolitik auf EU-Ebene und die wichtige Rolle, die Europa durch ihre Hilfe bei der Einbürgerung neuer Übersiedler einschließlich der Sprachen staatenloser Nationen spielen könnte.

Wir glauben auch, dass wir die gemeinsame Pflicht haben, das Anrecht der Bürger auf Asyl zu achten und zu verteidigen und Europas stolze Tradition, Verfolgten Zuflucht zu bieten, fortzusetzen.

Solidarität mit den Entwicklungsländern

In Anbetracht der über 1,2 Milliarden Weltbürger, die von weniger als 1 € pro Tag leben, fühlen wir uns verpflichtet, die acht **UNO-Millenniums-Ziele** und die Johannesburg-Engagements einzuhalten. Der Kampf gegen Armut und Hunger, das Angebot einer allgemeinen Grundschulausbildung und der Zugang zu Gesundheitsfürsorge mit besonderem Augenmerk auf den Kampf gegen AIDS, die Befähigung von Frauen und die Einführung von Richtlinien zur Gleichstellung der Geschlechter und der Aufbau globaler Partnerschaften sind unerlässlich für Frieden und Gerechtigkeit.

Die EFA setzt sich für Überseehilfe, **fairere Handelsabkommen zur Befähigung von Entwicklungsländern** und Maßnahmen zur Bestrafung von Schiebern ein und beschäftigt sich mit den Herausforderungen und Chancen der Migration. Im Rahmen einer europäischen Außenpolitik unterstützen wir ebenfalls ein größeres Engagement Europas bei der Friedenssicherung und Konfliktvermeidung. Die Aufstellung einer EU-Friedenssicherungstruppe ist für einen nachhaltigen weltweiten Frieden unerlässlich. Die EFA unterstützt ein Investitionsprogramm für Afrika, um die wirksame Nutzung der Sonnenenergie zu ermöglichen und den Kontinent so unabhängiger von Ölproduzenten zu machen.

Um eine Wiederholung von Fehlschlägen früherer Entwicklungshilfeprojekte zu vermeiden, sollten die Aktionen verschiedener Akteure (EU, Staaten, NRO) kohärenter gestaltet werden. Es ist wichtig, eine **starke Beziehung und die Interaktion zwischen Entwicklung und Sicherheit, Entwicklung und Migration**, Entwicklung und Umweltschutz und die Integration zwischen Handel und Entwicklung aufzubauen. Dies muss im Hinblick auf die Menschenrechte vollständig und auf wirksame und transparente Art erreicht werden, um so ein Zusammenwirken zwischen Nord und Süd zu erlangen.

Entwicklungsprogramme sollten die kulturellen Wurzeln der Bevölkerung respektieren, aber die Regierungen der Entwicklungsländer sollten auch die Menschenrechte achten. **Die Einhaltung der Menschenrechte ist der Grundpfeiler einer gerechten und fairen Welt.** Wir protestieren gegen die Missachtung der Menschenrechte durch neue wirtschaftliche Schwellenländer wie China.

Ihre Stimme ermöglicht uns, für die folgenden kritischen Themen im Europaparlament auch weiterhin einzutreten:

9 Vorschläge für EU2009:

- 1. Bindende Verhaltensregeln für die Ausfuhr von Waffen und ein Waffenvertrag.**
- 2. Mehr Geld für den Schutz europäischer Küstenregionen, Bergregionen und andere ökologisch schwache Gebiete.**
- 3. Radikale Reform und Demokratisierung der EU-Institutionen.**
- 4. EU-Gesetze zum Schutz von Minderheitensprachen, einschließlich des Privatsektors.**
- 5. EU-Gesetzgebung zur Förderung der lokalen Lebensmittelbeschaffung.**
- 6. Eurennew statt Euratom.**
- 7. Multiplikation der EU-Universitätsaustausche um das Zehnfache (von 2 % auf 20 % bei Erasmus-Studenten).**
- 8. Höhere Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung, um die Lissabon-Ziele zu erreichen.**
- 9. Gemeinsame Beschlüsse der Regionen über die Verteilung von Strukturfonds.**

- Höhere Investitionen in erneuerbare Energiequellen
- Verabschiedung von Gesetzen, um Arbeiter vor Ausbeutung zu schützen
- Bereitstellung von EU-Mitteln zur Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit
- Aufstockung der Entwicklungshilfe
- Aktionen zur Bekämpfung von Schiebereien
- Aufstellung einer EU-Friedenssicherungstruppe
- EU-Organspendenagentur zur Koordinierung von Organspenden
- Einrichtung eines Programms zur Förderung kultureller, erzieherischer und beruflicher Austausche zwischen Nutzern von Minderheitssprachen
- Abschaffung der Bedingung zweier Sitze im Europaparlament
- Schnelle Integration von Umsiedlern durch den Gebrauch regionaler Sprachen und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, um Ausbeutung und Diskriminierung zu verhindern
- Verringerung des Durchzugsverkehrs in ökologisch schwachen Gebieten
- Besserer Internet-Zugang (mit dem EU-Projekt zur Vermittlung bei Handy-Gebührensätzen)
- Förderung von Gesundheits- und Lebensmittelkampagnen in EU-Schulen und Universitäten (Projekt der kostenlosen Verteilung von Obst und Gemüse in Schulen)
- Schaffung von regionalen Organisationen in EU-Grenzgebieten
- Förderung grenzüberschreitender Transportinfrastruktur

- Erarbeitung europäischer Pläne zur Bekämpfung der Entvölkerung in ländlichen Gebieten und Förderung von Investitionen und progressiver Entwicklung in diesen Gebieten.

Barcelona, März 2009